Die demokratische Qualität der demokratischen Erneuerung: Humboldt-Universität zu Berlin und (Karl-Marx-)Universität Leipzig 1989–1995

Peer Pasternack

In der DDR hatte sich mit der Universität als Lehrstätte nicht allein ein fachlicher, sondern wesentlich auch ein politischer Auftrag verbunden: Die mit einer Basisausstattung ‚sozialistischer Persönlichkeiten‘ von der Schule gekommenen Studierenden sollten zur ‚sozialistischen Intelligenz‘ vollendet werden. Die Lehrenden an den Hochschulen sahen sich als Vollzugspersonal dieses Auftrags indienst genommen.¹ Mit dem Ende des realsozialistischen Systems wurden Auftrag wie Indienstnahme obsolet. Statt dessen sollte es nun, so seinerzeitige Umgestaltungsakteure, um die „Rückgewinnung einer geistigen Atmosphäre“ gehen, die den „geistige(n) Hintergrund vom Rechtsstaat bis zur aktiven Gestaltung der sozialen Marktwirtschaft ständig neu universitär vorzubereiten“ vermöge. Denn den Universitäten komme jetzt eine „unersetzlich zentrale Aufgabe bei der Erneuerung pluralistischen und innovativen Denkens und der Moral der ganzen Gesellschaft zu.“²

Die so formulierten Ansprüche hatten sich alsbald in einem Begriff verdichtet: *demokratische Erneuerung*. Dieser Begriff wurde zum politischen Leitmotiv der ostdeutschen Hochschultransformation. Damit war der Vorgang normativ erheblich beladen. Zugleich gingen und gehen die Meinungen von Akteuren und Beobachtern gravierend auseinander, ob die politische Gestaltung des Vorgangs dem hehren Anspruch gerecht geworden ist. Daneben produziert eine beträchtliche Institutionen- und Verfahrensskepsis, der heute unter ostdeutschen Hochschulangehörigen zu begegnen ist, Erklärungsbedarf: Gibt es Zusammenhänge zwischen dem mehrjährigen Erlebnis der *demokratischen Erneuerung* und der aktuellen reservierten Haltung gegenüber den importierten Strukturen?

Dies zu prüfen, bieten sich die Berliner Humboldt- und die Leipziger (Karl-Marx-)Universität³ an: Sie sind zunächst, als die beiden größten Hochschulen der

- 1 Vgl. Verordnung über die Berufung und die Stellung der Hochschullehrer an den wissenschaftlichen Hochschulen (Hochschullehrerberufungsverordnung) §1 Abs. 1 und 2, in *Gesetzblatt der DDR* Teil II Nr. 27, 13.12.1968.
- 2 Ulrich Zwiener, „Die deutschen und europäischen Aufgaben der Universität Jena und eines Collegium Europaeum Jenense“, in Herbert Gottwald (Hg.), *Universität im Aufbruch. Die Alma mater Jenensis als Mittler zwischen Ost und West*, Jena/Erlangen 1992, 57–79, hier 63 und 58.
- 3 Die Leipziger Universität, 1409 gegründet und durch die Jahrhunderte hin ohne weiteren Namenszusatz, hatte seit 1953 „Karl-Marx-Universität“ geheißen. Am 13. Februar 1991 entschied das Hochschulkonzil mehrheitlich die Rückkehr zum alten Namen „Universität Leipzig“. Vorangegangen war eine kontroverse Debatte, in der Befürworter wie Gegner der Änderung vor Geschichtsvergessenheit warnten – die einen hinsichtlich der letzten vier Jahrzehnte, die anderen mit Blick auf die fünfeinhalb Jahrhunderte davor. Vgl. StudentInnenrat der Universität Leipzig (Hg.), *Eine Uni wendet sich. Die (Karl-Marx-) Uni Leipzig zwischen Herbst '89 und Abwicklung*, Leipzig 1991, 81–87. – Ein vergleichbares Thema beschäftigt(e) auch die Humboldt-Universität: Dort bildet die elfte Feuerbachthese von Karl Marx (in der Fassung von Friedrich

DDR, von der Größe her vergleichbar. Aus dieser Größe ergab sich nicht nur eine besondere Verdichtung der spezifischen Probleme des ostdeutschen Hochschulumbaus; beide Universitäten fanden sich auch als Gegenstände besonderer öffentlicher Aufmerksamkeit wieder. Andere Hochschulen waren geringerem Interesse ausgesetzt – nicht zuletzt, da abseits der üblichen Routen journalistischer Ostdeutschland-Erkundungen gelegen und damit in überregionalen (vulgo westdeutschen) Zeitungen meist ignoriert. Die besondere öffentliche Beachtung von Humboldt- und Leipziger Universität führte dazu, daß sich anhand dieser im Vergleich zu anderen Hochschulen besonders viele automatisierte Erklärungsmuster bildeten; diese dominierten dann über Analogieschlüsse auch die Betrachtung von Entwicklungen anderenorts.⁴ Zugleich standen die (Ost-)Berliner und die Leipziger Universität in der öffentlichen Wahrnehmung für zwei verschiedene Wege des Umbaus: den widerspenstigeren einerseits und den eher von Einsichten in tatsächliche oder vermeintliche Sachzwänge bestimmten Weg andererseits. Die Umgestaltungen der beiden Hochschulen repräsentieren insoweit je verschiedene Implementationstypen.

Im folgenden wird, nach einer Periodisierung der ostdeutschen Hochschultransformation, eine Gegenüberstellung zentraler Aspekte des Umbaus von Humboldt- und Leipziger Universität geliefert, soweit sie für eine Einschätzung der demokratischen Prozeßqualität relevant sind. Da hier der Platz fehlt, dies in elaborierter Form zu tun, erfolgt diese Gegenüberstellung in größtmöglicher sprachlicher Verknappung. Sodann werden die solcherart im Überblick präsentierten Entwicklungen einer eingehenden Erörterung unterzogen, um schließlich in die Formulierung der Formationsregeln der Erneuerungsdebatte und des zentralen politischen Konflikts der ostdeutschen Hochschultransformation zu münden.

Engels: „Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kommt aber darauf an, sie zu verändern“ an einer unterdessen denkmalgeschützten Wand im Eingangsfoyer des Hauptgebäudes Unter den Linden den zentralen Blickfang. Nach zahlreichen Senats- und Kommissionsaktivitäten, die 1992 in den Vorschlag mündeten, die Inschrift nicht zu entfernen, sondern sukzessive zu verfremden (was dann gleichwohl nicht geschah), wurde der Streit 1994/95 auf die gegenstandsangemessene inhaltliche Ebene gehoben: Das Institut für Philosophie wählte die elfte Feuerbachthese (und den Umgang mit ihr) zum Thema einer Ringvorlesung. Vgl. deren Dokumentation: Volker Gerhardt (Hg.), *Eine angeschlagene These. Die 11. Feuerbachthese von Karl Marx als Leitspruch für eine erneuerte Humboldt-Universität zu Berlin?*, Berlin 1996.

- 4 Eine Ausnahme bildet hier die Friedrich-Schiller-Universität Jena. Sie war ein – auch öffentlich wahrgenommener – Sonderfall unter den ostdeutschen Hochschulen, insofern sie die andernorts extern verordneten personellen Aussonderungen endogen organisierte. Vgl. Wolf Rosenbaum, *Umbrüche, Reformen und Restriktionen im Wissenschaftssystem der ostdeutschen Länder*, Jena 1994; ders., „Die Erneuerung der Friedrich-Schiller-Universität Jena“, in Renate Mayntz (Hg.), *Aufbruch und Reform von oben. Ostdeutsche Universitäten im Transformationsprozeß*, Frankfurt/New York 1994, 61–82; Georg Machnik, „Der Erneuerungsprozeß an der Friedrich-Schiller-Universität Jena“, in: Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina (Hg.), *Zur Situation der Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern*, Halle/S. 1994, 75–85.

1. Periodisierung

Der ostdeutsche Hochschulumbau läßt sich in zwei inhaltlich bestimmte Phasen periodisieren, deren Grenzen sich allerdings orts- und akteurspezifisch überlappen:

(1) Die erste kann als eine *romantische Phase des Aufbruchs* gekennzeichnet werden. Sie ist zeitlich grob auf das letzte Jahr der DDR – 1989/90 – zu datieren, endete jedoch mit unterschiedlich langen Desillusionierungsetappen.

Romantisch läßt sich diese Phase nennen, insofern sie nicht zuletzt von emotionaler Leidenschaftlichkeit getragen wurde; insofern sie wesentlich von identitären Ideen bestimmt war, sobald die seinerzeitigen Debatten die Gestaltung demokratischer Strukturen ins Auge faßten; insofern die Hochschulen in dieser Zeit romantisierend und mit republikanischer Attitüde einem Autonomiebegriff anhängen, der mit einer permanent repetierten Bezugnahme auf die Humboldtschen Ideen legitimiert wurde; insofern diese legitimatorische Berufung im eigentlichen eher eine romantische Flucht war, an der sich wissenschaftskulturelle Rückwärtsgewandtheit und Regeneration akademischer Rituale beobachten ließen, was nicht zuletzt in der Wiederaneignung traditionaler akademischer Symbolik augenfällig wurde; insofern sich in dieser Phase Tendenzen von Subjektivierung und Individualisierung (in Abgrenzung vom früheren Kollektivismus) mit einem letztlich repressiv wirkenden Konsensdruck und mit prämoderner Kritik an zivilisatorischen Rationalitäten verbanden; insofern all dies aber auch mit einer authentischen Orientierung an Werten wie Gerechtigkeit oder Freiheit vorgetragen und betrieben wurde, deren Reiz sich auch eine nachträgliche Betrachtung nicht vollständig entziehen kann; und insofern schließlich der als elementar empfundene Aufbruch ebenso elementar Widersprüchliches integrierte, etwa die Berufung auf Autonomie als Freiheit vor staatlichem Eingriff einerseits und die fraglose Hinnahme einer Bestimmung der Hochschulen als (auch) staatliche Einrichtungen⁵ andererseits.

Bezogen auf unsere Problemstellung ist hierbei vor allem eines wesentlich: In dieser romantischen Phase wurden Initiationen in zuerst basisdemokratische, dann repräsentativdemokratische Handlungsroutinen geleistet. Im Hochschule-Umwelt-Verhältnis dominierte hier die endogene Entwicklung – einschließlich endogen verursachter Stillstands- und Blockademomente. Währte diese Phase an der Leipziger Universität etwa bis zum Abwicklungsbeschluß im Dezember 1990, so war sie an der Humboldt-Universität in wesentlichen Elementen erst mit der Kündigung des Rektors Fink Ende 1991 abgeschlossen.

(2) Die zweite Phase des Hochschulumbaus war jene der *strukturierten Umgestaltung der Hochschulen*. Sie begann mit den Abwicklungsbeschlüssen und setzte sich fort mit der Schaffung gesetzlicher Grundlagen für den Hochschulumbau, den Hochschulstrukturplanungen und deren Umsetzung.

Seitens der hochschulinternen Akteure war diese Phase durch eine erhebliche Pragmatisierung der Ansprüche und des Handelns gekennzeichnet. Im Hochschule-Umwelt-Verhältnis dominierte hier die exogene Steuerung bei vornehmlich endo-

5 § 58 Hochschulrahmengesetz (HRG).

gener Programmumsetzung. Die Hochschulen definierten selbst keine wesentlichen Erneuerungsziele (mehr), sondern waren nur noch an der Ausgestaltung der Instrumentierung und, per Anweisung, dem Programmvollzug beteiligt. Zeitlich eingrenzen läßt sich die Phase der strukturierten Umgestaltung auf die Jahre 1991 bis 1995. Ihr schloß sich dann eine Entwicklung an, die vom Grundsatz her als nachtransformatorisch aufgefaßt werden kann:

(3) Ab 1996 waren die Problemlagen der ostdeutschen Hochschulen denen in Westdeutschland weitgehend ähnlich. Es begann die im eigentlichen Sinne *gesamtdutsche Phase der Hochschulentwicklung*.

Lediglich zwei ostspezifische Vorgänge mußten noch zum Abschluß gebracht werden: zum einen das – wenig erfolgreiche – Wissenschaftler-Integrations-Programm (WIP), mit dem positiv evaluierte Akademiewissenschaftlerinnen und -wissenschaftler in die Hochschulen integriert werden sollten⁶; zum anderen die Verabschiedung von MPG-Arbeitsgruppen, die 1992 an ostdeutschen Hochschulen gegründet worden waren, aus der Trägerschaft der Max-Planck-Gesellschaft in die der jeweiligen Universitäten.⁷ Von diesen beiden Vorgängen abgesehen ist die Entwicklung seit 1996 vornehmlich dadurch gekennzeichnet, daß auch die ostdeutschen Hochschulen im Zuge der öffentlichen Haushaltssparpolitik rigiden finanziellen Zwängen unterliegen. Sie sind seither also in erster Linie damit beschäftigt, die Ergebnisse des Hochschulumbaus – z.B. Ausstattungen, Fächeretablierungen, auch Hochschulneugründungen – zu verteidigen.

2. Zentrale demokratiebezogene Aspekte des Umbaus von Humboldt- und Leipziger Universität 1989 – 1995

Die folgende vergleichende Übersicht wertet die Entwicklung an den beiden ausgewählten Universitäten danach aus, in welcher Weise die Zieldefinitionen und die Instrumentierungen demokratieverträglich waren; welche Beteiligungsformen und -strukturen, innerhalb derer die Akteure gestaltend einzugreifen vermochten, entwickelt bzw. zugelassen worden waren; wie Ämterneubesetzungen zustande kamen; auf welche Art die Verantwortlichkeit der Gewählten gegenüber ihren Wählern und Wählerinnen gesichert wurde; schließlich wie die Transparenz und Öffentlichkeit der Prozesse gestaltet waren. Die diesbezüglich relevanten Aspekte werden in größtmöglicher sprachlicher Verknappung präsentiert⁸:

- 6 Zu Ergebnissen und Kritik vgl. Gerd Köhler/Larissa Klinzing/Matthias Jähne (Hg.), *Wissenschaftler-Integrations-Programm (WIP). Leistungen und Perspektiven*, o.O. (Frankfurt a.M.), o.J. (1996).
- 7 Vgl. die Bilanzierung in: „Wir haben den richtigen Weg eingeschlagen“. Rede des Präsidenten der MPG, Prof. Hubert Markl, zur Verabschiedung der Arbeitsgruppen in den neuen Bundesländern“, in *MPG-Spiegel* 2/1997, 29–34.
- 8 Eine Reihe gedruckt vorliegender Darstellungen der Leipziger und der Berliner Universitätsentwicklung 1989ff. ermöglicht die Vertiefung von Details. Vgl. insbesondere
 - zur Humboldt-Universität: „Politische Kultur im vereinigten Deutschland. Der Streit um Heinrich Fink, Rektor der Humboldt-Universität zu Berlin. Dokumentation“ (= *Utopie kreativ-Sonderheft*), Berlin 1992; Gisela Karau, *Die „Affäre“ Heinrich Fink*, Berlin 1992; Mechthild

(Karl-Marx-)Universität Leipzig**Humboldt-Universität zu Berlin****I. Rahmenbedingungen der Hochschulumbauprozesse**

CDU-Landesregierung;

Untrainiertes **Parlament**;
politische **Administration** und **Gerichtswesen** im Aufbau.In Leipzig eher **konservatives Milieu**
einschließlich der intellektuellen Szene.Fortlaufende **Haushaltskürzungen**;**Personalstellenabbau** um fast zwei
Drittel.Anfangs **SPD-AL**-Koalition mit SPD-Senatorin; ab Februar 1991 **CDU-SPD**-Landesregierung mit CDU-Senator;
professionelles **Parlament**;
von Beginn an funktionierende/s **Administration** und **Gerichtswesen**.In Ost-Berlin eher **protestgeneigtes Milieu** (starke PDS-Strukturen, Konzentration sozial deklassierter DDR-Funktionsträger und entsprechende Vereinslandschaft), systemkritisch dominierte intellektuelle Szene.Fortlaufende **Haushaltskürzungen** („pauschale Minderausgaben“);
Personalstellenabbau um ca. ein Drittel.

Küpper, *Die Humboldt-Universität. Einheitsschmerzen zwischen Abwicklung und Selbstreform*, o.O. (Berlin) 1993; Malte Sieber/Ronald Freytag, *Kinder des Systems. DDR-Studenten vor, im und nach dem Herbst '89*, Berlin 1993; Friedhelm Neidhardt, „Konflikte und Balancen. Die Umwandlung der Humboldt-Universität zu Berlin 1990–1993“, in Renate Mayntz (Hg.), *Aufbruch und Reform von oben...*, a.a.O., 33–60; Marlis Dürkop, *Rechenschaftsbericht der Präsidentin der Humboldt-Universität zu Berlin 1992 bis 1995. Vorgelegt dem Konzil im Januar 1996*, Berlin 1996; Christian W. Wolff (Hg.), *Wandel in Deutschland – Prozeß oder Abrechnung? Ein Ausschnitt aus dem Leben an der Humboldt-Universität zu Berlin nach 1989*, Weimar 1997; Thomas Raiser, *Schicksalsjahre einer Universität. Die strukturelle und personelle Neuordnung der Humboldt-Universität zu Berlin 1989–1994*, Berlin/Baden-Baden 1998;

- zur Leipziger Universität: StudentInnenrat der Universität Leipzig (Hg.), *Eine Uni wendet sich. Die (Karl-Marx-)Uni Leipzig zwischen Herbst '89 und Abwicklung. Textsammlung*. Unkommentiert, Leipzig 1991; Wolfgang Schluchter, „Der Um- und Neubau der Hochschulen in Ostdeutschland. Ein Erfahrungsbericht am Beispiel der Universität Leipzig“, in *hochschule ost* 8/1993, 29–45 und 9/1993, 5–18; Günther Wartenberg, „Die ‚Reform‘ vor der Reform. Zum Wandel an der Universität Leipzig im Jahre 1990“, in Gerhard Maletzke/Rüdiger Steinmetz (Hg.), *Zeiten und Medien – Medienzeiten. Karl Friedrich Reimers zum 60. Geburtstag*, Leipzig 1995, 60–69; Peer Pasternack, *Hochschule in die Demokratie. Fallstudie (Karl-Marx-)Universität Leipzig 1989–1993*, Berlin 1995; ders., *Zu Risiken und Nebenwirkungen der Leipziger Universitätserneuerung. Berichte und Polemiken 1990 – 1994*, Göttingen/Leipzig 1995; *Bericht des Rektoratskollegiums der Universität Leipzig Amtszeit 1991 bis 1994*, Leipzig o.J. (1995); Rektorat der Universität Leipzig (Hg.), *Wissenschaftsstandort Leipzig. Die Universität und ihr Umfeld*, Leipzig 1997.

(Karl-Marx-)Universität Leipzig

Humboldt-Universität zu Berlin

II. Der Herbst '89

Ambivalente Versuche aus der Universität, die Hochschule an das Geschehen auf der Straße anzukoppeln: zielt sowohl auf Protestkanalisierung wie die Eröffnung von Diskussionsräumen;

Studierende beginnen am 18.10.89 mit öffentlichen Aktionen = Übersetzung des gesellschaftlichen Aufbruchs in die Universität.

Auf Initiative des Rektors: **Debatte** über hochschulinterne Reform.

Absetzung der SED-Kreisleitungsspitzen durch „freiwillige“ Rücktritte.

Studierende beginnen am 11.10.89 mit öffentlichen Aktionen = Übersetzung des gesellschaftlichen Aufbruchs in die Universität.

Debatte über **Gesellschaftsreform**, aus der heraus sich Universitätsreform-Debatte entwickelt.

Absetzung der SED-Kreisleitungsspitzen nach vorangegangener Untersuchung durch eine Kommission.

III. Zentrale Konflikte 1990 – 1995

Mai 1990 **ML-Lehrer-Abberufungsbeschluß**:

Uni-Leitung akzeptiert und verzichtet gegen einen Senatsbeschluß auf Prüfung etwaiger Umberufungen.

Dez. '90/Jan. '91: **Abwicklungen** nach Art. 13 Einigungsvertrag: studentische und Mitarbeiter-**Proteste**, **lokale Öffentlichkeit** ist den Protestierenden gegenüber überwiegend solidarisch;

Universitätsleitung stellt sich hinter den Abwicklungsbeschluß.

Mai 1990 **ML-Lehrer-Abberufungsbeschluß**: Uni-Leitung bemüht sich um sozial verträgliche Lösungen, später auch Einbeziehung dieses Personals in die allgemeine fachliche Evaluierung.

Ab Ende 1990 universitätsinterne **MfS-Überprüfungen**: führen zu Kündigungsentscheidungen, die z.T. kontrovers diskutiert werden.

Dez. '90/Jan. '91: **Abwicklungen** nach Art. 13 Einigungsvertrag: studentische und Mitarbeiter-**Proteste**, **lokale Öffentlichkeit** ist den Protestierenden gegenüber überwiegend solidarisch,

Universitätsleitung stellt sich hinter die Proteste und übernimmt in diesen einen eigenständigen Part;

(Karl-Marx-)Universität Leipzig**Humboldt-Universität zu Berlin**

1995 wird die Abwicklung durch OVG für **rechtswidrig** erklärt, das OVG-Urteil entfaltet keine praktischen Konsequenzen mehr.

Ergänzungsgesetz zum Berliner Hochschulgesetz (ErgGBerIHG): beschneidet Mitbestimmungsrechte der in der DDR berufenen Hochschullehrer.

Kündigung des Rektors H. Fink aufgrund von der Gauck-Behörde beauftragter, jedoch umstrittener MfS-Mitarbeit:

Universität wehrt sich protestierend und juristisch gegen den Eingriff bei der Besetzung ihres Rektorates.

Abwicklungsbestrebungen des Landes hinsichtlich **Charité**.

Sächsisches **Hochschulstrukturgesetz** (SHSStrukG): verpflichtet zur Neuausschreibung sämtlicher Professuren.

Hochschulpersonal-Übernahme-gesetz (HPersÜbernG): ermöglicht (im Zusammenhang mit ErgGBerIHG) die Neuausschreibung sämtlicher Professuren, Senatsverwaltung versteht dies als Muß-Bestimmung.

Wechsel von der Rektorats- zur **Präsidialverfassung**.

Zahlreiche **Kündigungen** durch das Wissenschaftsministerium, die allein mit der Wahrnehmung untergeordneter Funktionen in der DDR begründet werden: Januar 1994 Beschluß des Akademischen Senats, nicht zu intervenieren.

Affäre der **verpaßten Kündigungen** (wg. mangelnden Bedarfs) zum Jahresende 1993: vermutlich wegen Verwaltungsüberlastung können 170 Universitätsangehörige nicht zum 31.12.1993, sondern erst 3 Monate später gekündigt werden: Senatsverwaltung und Präsidentin unterstellen gezielte Obstruktion der HUB-Personalverwaltung

(Karl-Marx-)Universität Leipzig

Humboldt-Universität zu Berlin

IV. Übergangsstrukturen

Juli 1990 – März 1991 vom Minister eingesetzt **Übergangsrektorat**.

Januar 1990 Bildung **Runder Tisch** (später Hochschulpolitischer Rat, HPR); gilt zeitweilig als universitäres Entscheidungsorgan; arbeitet bis Januar 1992.

Mehrere **studentische Aktivisten** werden zu zentralen Akteuren des Gesamtprozesses der Uni-Umgestaltung: Institutionalisierung dieses Rollenwechsels in der Zentralen Personal-Struktur-Kommission (ZPSK) und der Entwicklungsplanungskommission (EPK).

Nach Fink-Kündigung **Amtsverweser** statt Rektor.

V. Statutendebatten & Gremienparitäten

Beginn der Debatten mit vom Rektor (im November 1989) initiierten sog. **Senatskommissionen**;
ein (im Auftrag des Rektors verfaßter) Universitäts-**Verfassungsentwurfs** zweier Jura-Professoren vom April 1990 weist starke ordinariale Prägung auf:
der Entwurf führt zur Unmutsentladung auf einem Konzil im Mai '90 und zur Wahl eines demokratisch **legitimierten Konzils**.

ProfessorInnen sind hinsichtlich der Mitbestimmungsregelungen **gespalten**.

Rektoratskollegium Weiss/Wartenberg favorisiert Mitbestimmungsmodell mit möglichst weitgehenden Partizipationsmöglichkeiten aller Gruppen.

Dezember 1989 auf Beschluß des Wissenschaftlichen Rates: Bildung eines „**Struktur und Statut**“-Ausschusses.

Der größte Teil der **ProfessorInnen** verzichtet 1990/91 auf **Auseinandersetzungen** um professorale Gremienmehrheiten (Ausnahme: Charité). **Rektoratskollegium** Fink favorisiert weitgehende Partizipationsmöglichkeiten aller Gruppen.

(Karl-Marx-)Universität Leipzig**Humboldt-Universität zu Berlin**

Zwei **viertelparitätisch besetzte Konzile** werden gewählt (Juni und Dezember 1990).

Konzilszusammensetzung: 35% HSL, 30% Stud., 25% WiMi, 10% nichtwiss. Personal;
ErgGBerlHG gestattet Beibehaltung dieser Konzilszusammensetzung bis Ende 1991.

VI. Rektoren/Präsidentin

Interims-Rektoratskollegium im Juni 1990 durch Minister eingesetzt (G. Leutert), turnusmäßige Wahl (November 1990) findet nicht statt.

Turnusmäßige Wahl April 1990: H. Fink, Amtszeit endet im Nov. 1991 durch **Amtsenthbung** seitens Wissenschaftssenators im Zuge eines anfragewürdigen Kündigungsverfahrens.

Wahl Februar 1991: C. Weiss.

Dezember 1991–Juli 1992 Prorektor Zschunke als **Amtsverweser** anstelle des gekündigten Rektors.

Präsidentinnenwahl Juli 1992: M. Dürkop; Amtszeit endet turnusgemäß 1996 nach Entfremdung zwischen Universität und Präsidentin.

Wahl November 1994: Wiederwahl C. Weiss, Amtszeit endet turnusgemäß 1997 (2. Wiederwahl ist nicht möglich).

Zweimal eingeschränkte **Zugänglichkeit zur Kandidatur:**

Febr. 1991: „keine früheren SED-Mitglieder“, Nov. 1994: keine KandidatInnen ohne mindestens zweijährige Uni-Zugehörigkeit zugelassen (= westdeutscher Herkunft);

Verantwortlichkeit der Amtsinhaber gegenüber Wählern ist während der ersten Wahlperiode nicht gegeben, da 3 Jahre keine Arbeit des Konzils.

Kandidatenanzahl:

Februar 1991: 2 Rektorkandidaten
November 1994: ein Rektorkandidat
[außerhalb des Untersuchungszeitraums:
November 1997: 2 Rektorkandidaten]

KandidatInnenanzahl:

April 1990: 4 Kandidaten
Juli 1992: 3 KandidatInnen
[außerhalb des Untersuchungszeitraums:
Juni 1996: ein Präsidenschaftskandidat]

(Karl-Marx-)Universität Leipzig**Humboldt-Universität zu Berlin****VII. Konzilswahlen**

Erstmals Konzilswahl im **Juni 1990** infolge basisdemokratischen Aufruhrs.

1990/91 **Zusammenlegung der Mittelbau- und HSL-Gruppen** zu gemeinsamem Wahlbereich.

1991 bis Ende 1993 **keine Wahlen**.

Erstmals Konzilswahl im **April 1990**.

1990–94 **Zusammenlegung der Mittelbau- und HSL-Gruppen** zu gemeinsamem Wahlbereich.

VIII. Kommissionen

Studentische Initiative einer **Personalüberprüfungskommission** (Juli 1990) wird durch Passivität der Universitätsleitung unterlaufen.

Intern eingesetzte Kommissionen:

- **1. Rehabilitierungskommission** (Februar 1990);
- **2. Rehabilitierungskommission** (Sommer 1991);
- **Vertrauensausschuß** (Oktober 1990): befaßt sich (entgegen der Gründungsin-tention des Konzils) allein mit MfS-Tätigkeiten; fordert dazu von allen MitarbeiterInnen und (studentischen) Funktionsträgern Erklärungen über etwaige MfS-Tätigkeit ab; arbeitet später den nach Sächsischem Hochschulerneuerungs-gesetz (SHEG) gebildeten Personal-kommissionen (PK) zu;

Intern eingesetzte Kommissionen:

- **1. Rehabilitierungskommission** (Dezember 1989);
- **2. Rehabilitierungskommission** (Juni 1990);
- **Ehrenausschuß** (November 1990): gegründet zur Überprüfung von früheren MfS-Tätigkeiten; wird auf Antrag aktiv; wird im Laufe der Zeit zunehmend als verfahrenstechnisch unzu-länglich und inhaltlich problematisch arbeitend wahrgenommen;
- **Anhörungskommission** (November 1990): gegründet zur Überprüfung von Selbstverwaltungsakteuren bzw. -kandidaten; wird auf freiwilliger Basis aktiv; erlangt nur eingeschränkte Akzeptanz;
- **Personalstrukturkommissionen** (PSKs) + **Zentrale PSK** (Anfang 1990): entwickeln ein eigenständiges Modell der Personalstrukturanpassung an das Finanzierbare und beantworten dabei die Frage, wie weit das vorhandene Personal dorthinein integrierbar ist: zu diesem Zweck werden fachliche Evalua-

(Karl-Marx-)Universität Leipzig**Humboldt-Universität zu Berlin**

- erst 1995 Bildung einer **Entwicklungs-Planungs-Kommission**.

Extern eingesetzte Kommissionen:

- **Gründungskommissionen** (ab Anfang 1991): gründen die abgewickelten Bereiche neu und evaluieren das dortige Personal;
- **Personalkommissionen** (ab Ende 1991): nehmen Integritätsüberprüfungen nach SHEG vor;
- **Fachkommissionen** (ab Ende 1991): evaluieren das Personal der nichtabgewickelten Bereiche;
- **Berufungskommissionen** (ab 1992): führen die Berufungsverfahren für alle (nach SHSStrukG zwingend auszu-schreibenden) Professuren durch.

tionen, Integritätsüberprüfungen und Strukturaspekte miteinander kombiniert; Umsetzung der ZPSK-Empfehlungen wird von politischer Seite blockiert;

- **Entwicklungs-Planungs-Kommission** (Ende 1990): ersetzt schließlich die ZPSK.

Extern eingesetzte Kommissionen:

- **Sechserkommission** (ab Ende 1990): ersetzt vorläufig das Kuratorium,
- **Struktur- und Berufungskommissionen** (SBKs) (ab Anfang/Mitte 1991): strukturieren alle Bereiche neu, entscheiden über Verbleib/Nichtverbleib des vorhandenen Personals: in diesem Zusammenhang werden fachliche Evaluationen, Integritätsüberprüfungen und Strukturaspekte miteinander verquickt;
- zentrale **Universitäts-Personalkommission** (ab Mitte 1991): nimmt nach ErgGBerIHG die Personalhoheit wahr, solange noch keine Kuratorium existiert; bei Stimmgleichheit entscheidet Stimme des Wissenschaftssenators.

IX. Sonstige Instrumente

Vertrauensfrage (1990/91) aller Institutsdirektoren und Dekane gegenüber ihren MitarbeiterInnen:

Minister verweigert Abberufung der bei den Vertrauensabstimmungen Durchgefallenen.

MfS-Debatte:

- Debatte beginnt mit personenzentrierten Bemühungen;
- 1990/91 universitätsinterne Selbsterklärungen über etwaige MfS-Mitarbeit;

MfS-Debatte:

- Debatte beginnt mit Strukturaufklärung;
- 1990 universitätsintern entwickelter Fragebogen als Grundlage der Ein-

(Karl-Marx-)Universität Leipzig

dann Aufklärung von MfS-Mitarbeiter-schaften durch Personalkommissionen nach Sächsischem Hochschulernerneuerungsgesetz;

- Strukturaufklärung wird während des gesamten Umbaus nicht betrieben.

Studentische **Proteste** gegen Abwicklung incl. zivilen Ungehorsams: Partizipationseinforderung;

Uni-Leitung begrüßt Abwicklung inhaltlich und **verzichtet** (wie die Fakultäten) **auf gerichtliche Klärungen** diesbezüglicher Streitfragen.

Hausverbote für Universitätsmitarbeiter, die sich in arbeitsrechtlichen Auseinandersetzungen mit dem Wissenschaftsministerium befinden.

Humboldt-Universität zu Berlin

schätzung der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, u.a. mit der Frage nach etwaiger MfS-Mitarbeit;

- HUB wie Senatsverwaltung qualifizieren die personenbezogenen Überprüfungsverfahren erst infolge entsprechender Gerichtsurteile;
- Strukturaufklärung bleibt auch in der Folgezeit präsent.

Proteste von Studierenden und Uni-Leitung gegen Abwicklung incl. zivilen Ungehorsams: Partizipationseinforderung;

Initiierung gerichtlicher Klärungen der Rechtmäßigkeit der Abwicklung, dann auch des ErgGBerLHG sowie der Absetzung des Rektors Fink.

X. Öffentlichkeit & organisierte Interessen

Herbst 1989: Bildung **Studentenrat**;
Mai 1990: Bildung **Mittelbau-Sprecherrat**;
Juni 1990: Bildung einer **Initiativgruppe für die demokratische Erneuerung** (aktiv bis Anfang 1991).

März 1991 – Ende 1993 arbeitet **kein Konzil**.

Abschaffung der **Uni-Zeitung** und Ersetzung durch akzeptanzschwaches Universitätsjournal.

Herbst 1989: Bildung **Studentenrat**;
Jan. 1990: Bildung **Runder Tisch** (später HPR, arbeitet bis Januar 1992).

Akademischer **Senat** tagt ab November 1990 **öffentlich**.

Durch Anpassung an BerLHG finden ab 1992 Listenwahlen statt, die die Konstituierung von **Wahllisten** erfordern.

3. Die Akteure und Instrumente

Nehmen wir nun zunächst die Akteure des Hochschulumbaus in den Blick, so ist eingangs festzuhalten: Die Notwendigkeit eines Umbaus war im Grundsatz von niemandem bestritten worden. „Es war zumindest öffentlich keine Stimme vernehmbar, die für den Erhalt des Status quo der Jahre 1989/90 plädierte. Insofern gab es über die sich bildenden Lager hinweg einen gemeinsamen Ausgangspunkt.“⁹

Das gilt auch entgegen der Außenwahrnehmung mancher hochschulinterner Bestrebung als restaurativer. Denn war die Neustrukturierung innerhalb der Hochschulen im Grundsatz auch nicht strittig, so mußte doch die Einschätzung ihrer notwendigen Gründlichkeit naturgemäß sehr unterschiedlich ausfallen: nämlich abhängig von der jeweiligen Prognose individueller sozialer Betroffenheit. Der Reformeifer der „management- und politikerfahrenen alten Kader“ etwa mußte „dadurch gebremst sein, daß sich nicht wenige von ihnen selber hätten abschaffen müssen, wenn sie mit der Selbsterneuerung ernst gemacht hätten.“¹⁰

Sodann: Keiner der beteiligten Akteure bestritt, daß es bei diesem Umbau um eine *demokratische Erneuerung* gehen müsse. Abermals in aller analytischen Unterkühltheit: Auch wer in der DDR im Interesse staatssozialistischer Herrschaftssicherung demokratische Entscheidungserzeugung und Machtkontrolle für entbehrlich gehalten hatte, mußte nun keineswegs heucheln, wenn er jetzt demokratische Prozesse als situationsadäquat betonte. Schließlich, so das schwer zu widerlegende Argument, seien ja veränderte Rahmenbedingungen gegeben.

Die politischen Instanzen sahen 1990 vornehmlich Insuffizienzen in den hochschulischen Erneuerungsprozessen. Der Vorwurf an die Hochschulen lautete, sie hätten trotz genügender Zeit keine zureichenden Anstrengungen zur Selbsterneuerung unternommen.

Was unter ‚zureichenden Anstrengungen‘ zu verstehen wäre, kann nur im Rahmen eines Werturteils festgestellt werden. Verlässliche Parameter für eine objektivierende Betrachtung stehen dafür nicht zur Verfügung, da der betrachtete Vorgang recht beispiellos dasteht. Festgestellt werden kann aber: Die Hochschulen hatten 1990 durchaus Selbstreformversuche unternommen, die jedoch – in der Tat – zumindest gebremst waren. Wie ist diese Gebremstheit zu erklären?

Vor allem anderen wäre hier auf die begrenzten Eigenreformpotentiale von Hochschulen überhaupt (und namentlich der deutschen) hinzuweisen. Doch gibt es eine Differenz zwischen ost- und westdeutschen Hochschulen, die deren Reformschwächen unterschiedlich begründet: Wo in der westdeutschen verbeamteten Wissenschaft die *Abgesicherung* der individuellen Positionen dazu führt, daß Flexibilität und Innovation nicht erzwungen werden, da lähmt in Ostdeutschland die *Unsicherheit* der Perspektive eine flächendeckende Ausbreitung der Reformneigung.

Eine soziologisch informierte Erklärung muß berücksichtigen, welcherart die extern gesetzten Rahmenbedingungen waren: Es wurde von politischer Seite eine solche hochschulinterne Selbsterneuerung verlangt, die eine soziale, berufliche, aka-

9 Friedhelm Neidhardt, *Konflikte und Balancen. Die Umwandlung der Humboldt-Universität*, a.a.O., 34.

10 Ebd., 38.

demische Perspektive für die potentiellen Erneuerer weder garantierte noch kalkulierbare Prognosen darüber ermöglichte. Als bald war hingegen zu vermuten, daß die Wissenschaftler mehr zu verlieren hatten als ihre Ketten. Nicht allein der Gewinn wissenschaftlicher Freiheit stand ins Haus. Es drohte auch, zumindest für einen Großteil, der Verlust des Arbeitsplatzes.

Sodann: Als externe Reaktion auf den gebremsten Charakter der internen Reformen mußten die Hochschulen nicht zwangsläufig mit dem – später eingetretenen – autoritären Staatseingriff rechnen. Denn es gab eine verbal betonte Selbstbindung der politischen Administrationen an demokratische Verfahrenweisen, die – bezogen auf autonome Hochschulen – als unvereinbar mit direkten staatlichen Interventionen galten.

Schließlich wurden die Aktionskapazitäten der hochschulischen Akteure durch zweierlei absorbiert: Zum einen galt es, die Arbeitsfähigkeit der Einrichtungen aufrechtzuerhalten. Zum anderen wurden neue Strukturen und Verfahren zunächst mit großem Aufwand debattiert, waren dann gegen Widerstände umzusetzen und hernach – da neu – auch erst zu trainieren.

Sahen nun also die politischen Instanzen vornehmlich Insuffizienzen in den hochschulischen Erneuerungsprozessen, so suchten sie ihre daher bald folgenden Eingriffe aber auch darüber hinaus zu legitimieren:

„Von ungleich größerer Bedeutung für die zu treffenden Entscheidungen war das außerordentlich kritische Urteil weiter Teile der ostdeutschen Öffentlichkeit in Bezug auf die Situation an den Hochschulen. Diese Sicht war vor allem durch den nicht unbegründeten Eindruck motiviert, an den Hochschulen gäbe es einflußreiche Kräfte, die diese als Bollwerk gegen die demokratische Erneuerung im Osten Deutschlands nutzen wollten.“¹¹

So Hans Joachim Meyer, letzter DDR-Bildungs-, dann sächsischer Wissenschaftsminister, rückblickend. Aus diesen Wahrnehmungen resultierten externe Interventionen, mit denen die Administrationen steuernd einzugreifen versuchten. Die Eingriffe ähnelten sich länderübergreifend in ihrer Instrumentierung. Neben den Abwicklungen waren dies: der Erlaß von Gesetzen und Verordnungen wie von autoritativen Ad-hoc-Anweisungen; die Bildung von Personalüberprüfungs-Kommissionen zusätzlich zu den bereits hochschulintern initiierten; das Instrumentarium des Arbeitsrechts incl. der Regelungen des Einigungsvertrages, die Teile des bundesdeutschen Kündigungsschutzrechts außer Kraft setzten; schließlich die Hochschulfinanzierung und die damit zusammenhängenden Hochschulstrukturentscheidungen.

Den dieserart umgesetzten Umbau der ostdeutschen Hochschulen kennzeichneten dann ambivalente Kompromisse, die Unverträglichkeiten zusammenführten. Das betraf sowohl Zieldefinitionen, Strukturierung und Instrumentierung wie Prozeß-

11 Wobei bei den „Kräften“ unterschieden wurde „zwischen den Kräften des gestürzten Herrschaftssystems, die sich an ihre Positionen klammerten, und jenen Vertretern sozialistischer und radikaldemokratischer Vorstellungen, die zur zusammengebrochenen Ordnung in mehr oder weniger klarem Dissens standen.“ Hans Joachim Meyer, „Erneuerung und Bewahrung. Die Entwicklung der Hochschulen in den neuen Bundesländern“, in *Forschung & Lehre* 10/1997, 511–514, hier 512.

vollzug. Vorrangig zu beobachten war es am zentralen Strang des Hochschulumbaus: dem Personalumbau, bestehend aus Personalstruktur-Neugestaltung und Personalüberprüfung.

In einer strukturfunktionalistischen Perspektive ergab sich der Kompromißcharakter dieses Personalumbaus infolge zweier Umstände, die aus politischen, nicht zuletzt aus Wählerentscheidungen resultierten: Der politische Systemwechsel in Ostdeutschland mußte zwar in einer Geschwindigkeit durchgeführt werden, in der ein solcher üblicherweise nur durch gewalttätige Revolutionen gelingen kann. Zugleich aber konnte nicht auf das Arsenal gewalttätiger revolutionärer Instrumente zurückgegriffen werden. Kurz: In revolutionärer Geschwindigkeit war ein evolutionärer Wandel umzusetzen.

Dies mündete in die Kompromisse zwischen Unverträglichkeiten, mit denen auch die Ambivalenz des Wandels programmiert war: Aus dem Charakter des Systemwechsels als eines grundstürzenden Vorgangs konnten einerseits revolutionäre Forderungen – etwa: radikaler Elitenwechsel – abgeleitet werden. Dem stand andererseits das Gebot legalen Handelns, also die Forderung nach Rechtsbindung jeglicher Prozeßelemente gegenüber. Für beide Positionen wiederum wurde normative Absicherung im Demokratiegebot gesucht.

Mit Personalkommissionen war hierfür das – nach Reichweite, Eingriffstiefe, Einsatzdauer und Folgen – Primärinstrument einer *personellen Erneuerung* der ostdeutschen Hochschulen entwickelt und installiert worden. Der Form nach vermittelte es nichtjustitierbare Strafansprüche mit dem Gebot legalen Handelns. Die von den Personalkommissionen durchgeführten Verfahren waren in ihrem positivistischen Kern Beurteilungen individualbiographischer Vergangenheit zum Zwecke der Gewinnung einer Sozialprognose über die Eignung (resp. Nichteignung) für den Öffentlichen Dienst im Staatswesen der Bundesrepublik Deutschland. Funktional war dieses Anliegen in das Zumutbarkeitskriterium übersetzt worden. Auf Grundlage der von den Kommissionen gewonnenen Erkenntnisse stellten die zuständigen Wissenschaftsminister bzw. der Wissenschaftssenator die Un-/Zumutbarkeit der einzelnen Personen fest.

4. Die Demokratieverständnisse der Akteure

Bei all dem wurde kein weiteres Wort derart beansprucht wie das der Demokratie. Ebenso gehörte der Vorwurf des undemokratischen Charakters bestimmter Vorhaben, Intentionen, Taten und Unterlassungen zum polemischen Standardrepertoire aller Seiten in den geführten Auseinandersetzungen. Wenn beantwortet werden soll, ob der formulierte demokratische Anspruch im realen Prozeß von Entscheidungserzeugung und -vollzug tatsächlich umgesetzt wurde, so ist zunächst eines zu vergegenwärtigen: Was eigentlich war unter dem Demokratischen in der *demokratischen Erneuerung* verstanden worden?

Die eher zur Kritik des staatlichen Handelns neigenden hochschulinternen Akteure hatten immer wieder einen Punkt kritisiert: Die Obstruktionen seitens der politischen Administrationen hätten authentische demokratische Formen unterlaufen,

wie sie 1989/90 an den Universitäten selbst entwickelt worden waren. Der Begriff der *Basisdemokratie* war dabei der zentrale Argumentationsanker. Als empirische Beispiele wurden vornehmlich viertelparitätische bzw. anderweitig HRG-abweichende Gremienzusammensetzungen, Vetorechte oder Sperrminoritäten in den Selbstverwaltungsgremien, die StudentInnenräte mit ihrem personalisierten Mehrheitswahlrecht oder Runde-Tisch-ähnliche Kommissionen genannt.

In der Tat beriefen sich hochschulintern 1989/90 nahezu alle Fraktionen auf die Basisdemokratie. Hatten sie jedoch eine einheitliche Vorstellung davon?

An der Leipziger Universität beispielsweise forderte am 11. Juni 1990 eine Professorengruppe den „basisdemokratischen Aufbau“ der Universität und die „basisdemokratische Kontrolle der Neubesetzung“ aller Sektionsleitungen.¹² Doch die gleiche Gruppe hatte sechs Tage zuvor einen Appell an die staatliche Obrigkeit gesandt: „Da nach unserer Meinung die Universität Leipzig nicht die Kraft zur Selbstreinigung hat, bitten wir Sie dringend um Maßnahmen nicht nur für die Universität Leipzig, sondern für das gesamte Hochschulwesen der DDR“, fand sich Bildungsminister Meyer aufgefordert.¹³ War das noch basisdemokratisch?

Ein nochmaliger Blick in das Basisdemokratie-Papier vom 11. 6. 1990 bietet die Auflösung: Der Erneuerungsprozeß müsse „von unten nach oben geschehen“, hieß es da. Deshalb müßten an allen Sektionen die Leitungen mittels geheimer Wahl neu gewählt werden.¹⁴

Das nun war ein Anruf klassisch repräsentativer Demokratie, in der das Demokratie- mit dem Amtsprinzip verbunden wird. Der Bezug zur Basis stellte sich bei den Autoren darüber her, daß nicht mehr – wie früher – von oben nach unten kommandiert, sondern von unten nach oben legitimiert werden sollte: ‚Basisdemokratie‘ als Mißverständnis also. Die Amtsbesetzungen sollen durch Beauftragung von unten zustande kommen und – anders als früher – dem Wahlpublikum verantwortlich sein. Das Publikum verschafft sich derart Sicherheit vor Amtsinhaber-Willkür und ein Recht zur Mitentscheidung: Das war „basisdemokratische Kontrolle“ in den Worten der Professoren, tatsächlich aber das liberale Modell einer Vertretungsdemokratie, die Bürgerbeteiligung nicht ausschließt.

Doch auch die aus personalisierten Mehrheitswahlen hervorgehenden StudentInnenräte und die viertelparitätisch zusammengesetzten Selbstverwaltungsgremien stellten keine rein basisdemokratischen Modelle dar. Sie mischten vielmehr – vergleichbar dem Rätssystem – basis- mit repräsentativdemokratischen und korporativen Elementen.

Die Erklärung dafür liefert der Charakter der *romantischen Phase des Aufbruchs*: Die spontane, weil unvorbereitete demokratische Initiation der Akteure hatte zum spontanen Rückgriff auf abrufbare, weil internalisierte Diskussionsbestände geführt.

12 „Erklärung einer Initiativgruppe zur demokratischen Erneuerung der Universität“, in *Universitätszeitung der Karl-Marx-Universität Leipzig* 24/1990, 1.

13 „Leipziger Professoren vermissen geistige Erneuerung in der Karl-Marx-Universität“, in *F.A.Z.*, 5.6.1990, 4. – Da die Conclusio, zumal sie von Mathematik-Professoren formuliert ist, etwas überrascht, sei ausdrücklich auf die Selbstverständlichkeit hingewiesen, daß diese aussagenlogische Havarie korrekt zitiert ist.

14 „Erklärung einer Initiativgruppe“, a.a.O.

Das waren beispielsweise durch die Gorbatschowschen Reformdebatten aktualisierte rätendemokratische Gedanken, wie sie in den endachtziger Jahren unter dem Begriff der „Betriebsdemokratie“ diskutiert wurden; konsensuale Orientierungen, die aus dem identitär-gemeinschaftlichen Charakter des DDR-Sozialismus, also dem weitgehenden Ineinsfallen von Staat und Gesellschaft, herrührten; Forderungen nach Herstellung der *Volksdemokratie*, die sich aus dem Ernstnehmen der vorgegebenen SED-Programmatik speisten („Alles mit dem Volk, alles für das Volk“), da mangels unmittelbarer Erfahrungen mit Alternativen die erlebbare Gesellschaft nur mit ihren eigenen selbstformulierten Ansprüchen verglichen werden konnte¹⁵; schließlich medial aufgenommene Kenntnisse der westlichen Vertretungsdemokratien, an denen weniger die parlamentarischen Konfliktrituale, sondern vornehmlich die formalisierten Verfahren faszinierten.

Derart kam es in den Hochschulen zur spontanen Vermischung unterschiedlicher Demokratiemodelle. Infolgedessen war eine verwirrende unvermittelte Gleichzeitigkeit wie Verquickung sich widersprechender Elemente in den Diskussionen, aber auch in den Versuchen institutioneller Gestaltung zu beobachten.

Doch nicht nur innerhalb der Hochschulen, auch seitens der politischen Administrationen wurde fortdauernd betont, daß eine *demokratische Erneuerung* zu realisieren sei. Die politischen Maßnahmen wurden ausdrücklich über diese Bezugnahme legitimiert, wenn etwa DDR-Bildungsminister Meyer den ML-Lehrer-Abberufungs-Beschluß vom Mai 1990 als eine „notwendige Maßnahme in einer außergewöhnlichen Situation (...), die aber im Hinblick auf die demokratische Erneuerung (...) unumgänglich ist“, bezeichnete.¹⁶

Als der Minister dann der Leipziger Universität mitteilte, daß das in Erarbeitung befindliche Universitätsstatut nur vorläufigen Charakter tragen könne, und daß „eine endgültige fassung (...) nur auf der grundlage entsprechender rahmenregelungen des ministeriums für bildung und wissenschaft moeglich“ sei¹⁷, wurde sein Verständnis von *demokratischer Erneuerung* deutlicher. Es war das einer – kaum verwunderlich – staatszentrierten Demokratie.

Damit wiederum standen die politischen Funktionsträger keineswegs allein, sondern stimmten auch mit Teilen der hochschulinternen Öffentlichkeiten überein. So befürwortete etwa der Leipziger Kirchenhistoriker Kurt Nowak die Abwicklungsbeschlüsse, weil diese ihre Legitimation aus den „Prinzipien der repräsentativen parlamentarischen Demokratie“ bezögen. Dagegen würden die Gegner dieser Beschlüsse ihr Demokratieverständnis, nämlich das der direkten Demokratie, setzen.¹⁸ Gefordert worden war, wie hier anzumerken ist, von den gegen die Abwicklung

15 Heinz Ulrich, „Resignation und Entpolitisierung – die Studierenden auf dem Rückzug“, in Peter Förster et al. (Hg.), *Jugend Ost. Zwischen Hoffnung und Gewalt*, Opladen 1993, 208–216, hier 209.

16 Hans Joachim Meyer, „Brief an den Rektor der Karl-Marx-Universität“, 12.6.1990, dok. in StudentInnenrat der Universität Leipzig (Hg.), *Eine Uni wendet sich*, a.a.O., 40.

17 Hans Joachim Meyer, „Fernschreiben an den Rektor der KMU“, 22.6.1990, dok. ebd., 50.

18 Kurt Nowak, „Hochschule im Spannungsfeld politischer Zwecke und wissenschaftlicher Verantwortung. Impressionen aus Leipzig“, in *Beiträge zur Hochschulforschung* 4/1991, 371–381, hier 373f.

Protestierenden, angemessen an den Strukturentwicklungen beteiligt zu werden.¹⁹ Doch in dem Demokratieverständnis, das aus Nowaks Aussage sprach, gab es Partizipation allein als direktdemokratische Fiktion.

5. Demokratie und Recht

Indes: Auch abgesicherte repräsentativ-demokratische Verfahren hätten dem Hochschulumbau durchaus einen explizit demokratischen Charakter sichern können. Noch einmal Hans Joachim Meyer, nun bereits sächsischer Wissenschaftsminister: „Ich wußte“, so kommentierte er die von ihm betriebene Abwicklungsentscheidung, „es war ein harter Schritt, ein Urteil über Gerechte und Ungerechte, über Kompetente und Inkompetente. (...) Auf die Ansätze zur Selbstheilung zu vertrauen, schien vermessen, sie scheinbar zu ignorieren war gleichwohl hart und für den Einzelnen wohl ungerecht.“²⁰

Damit hatte er einen entscheidenden Punkt angesprochen: Demokratie sollte nach Ansicht wesentlicher Teile der hochschulischen Akteure legitime, das hieß: rechtmäßige, das hieß in verbreiteter Wahrnehmung: durch Gerechtigkeit ausgezeichnete Entscheidungsgänge sichern. Dahinter steckte ein emphatischer Begriff von wenn schon repräsentativer, dann rechtsgebundener Demokratie.

Mit einem solchen emphatischen Demokratiebegriff nicht in Einklang zu bringen war es beispielsweise, wenn die Berliner Wissenschaftsstaatssekretärin Steffi Schnoor ihrer Hoffnung Ausdruck verlieh, „daß die Gerichte künftig den Handlungs- und Finanzierungsspielraum der öffentlichen Hand stärker berücksichtigen“²¹, nachdem ein Gericht die Abwicklung vorläufig untersagt hatte: Aus dem Schnoor-Satz ließ sich leicht eine exekutive Aufforderung zur judikativen Rechtsbeugung herauslesen.

Auch der Berliner Wissenschaftssenator Erhardt vermochte den emphatischen Demokratiebegriff nicht zu bedienen, als er eines der Urteile im Kündigungsfall des Rektors Fink mit dem Satz kommentierte: „Es gibt ordentliche Gerichte, und es gibt Arbeitsgerichte.“²² Gleiches galt für den Ehreenaussschußvorsitzenden der Humboldt-Universität, Bert Flemming, zugleich SPD-Abgeordneter, als er mitteilte: Das Ergänzungsgesetz zum Berliner Hochschulrecht versage deswegen den Humboldtianern die verfassungsrechtlich garantierten Mitspracherechte in den Gremien, weil viele nicht nach rechtsstaatlichen Maßstäben in ihre Ämter gekommen seien. Das Gesetz wolle daher „Demokratie zum Teil aussetzen“. Der Kanzler der Humboldt-Universität, Rainer Neumann, bis dato hochschulpolitisch sehr zurückhaltend, klärte dar-

19 Vgl. *Reader zur Abwicklung und den studentischen Protesten Dez. '90/Jan. '91 in Leipzig*, hg. von den roten Studenten, die ihre roten Professoren an ihrer roten Uni retten wollten. Seilschaften Verlag Leipzig, Leipzig 1991.

20 Hans Joachim Meyer, „Zwischen Kaderschmiede und Hochschulrecht“, in *hochschule ost* 6/1992, 20–35, hier 33.

21 Zit. nach Marion Höppner, *Chronik der wichtigsten hochschulpolitischen Ereignisse an der und rund um die Humboldt-Universität zu Berlin seit dem Herbst 1989*, o.O. [Berlin] 1993, 35, unveröff.

22 Zit. nach „Der entlassene Rektor Fink muß weiter beschäftigt werden“, in *F.A.Z.*, 3.4.1992, 2.

aufhin, entgeistert, Flemming über das rechtsstaatliche Einmaleins auf: Es gehöre zum Wesen von Grundrechten, „daß diese nicht auszusetzen sind.“²³

Dennoch: Alle beteiligten Parteien hatten von sich gefestigte Selbstbilder als Demokraten. Die Minister beriefen sich auf die übergeordnete Legitimation durch demokratische Wahlen. Daraus leiteten sie die Berechtigung zum direkten Durchgriff auf die dezentralen Ebenen der Hochschulen ab. Universitätsangehörige formulierten dagegen ein partizipatives Demokratieverständnis, wenn sie etwa forderten: „Eine demokratische Erneuerung ohne demokratische Mitwirkung ist nicht möglich.“²⁴

Stand dieses Demokratieverständnis gegen das autoritätenfixierte, so läßt sich letzteres nicht allein den politischen Funktionsträgern zuschreiben. Es hatte auch innerhalb der Universitäten Befürworter, die Demokratie auf zwei formale Prinzipien reduzierten: Wahlen zur Besetzung von Ämtern einerseits und die rechtliche Nachprüfbarkeit von im Amtshandeln getroffenen Entscheidungen andererseits. Ein solches Verständnis war etwa handlungsmächtig geworden, als der Akademische Senat der Universität Leipzig 1992 zwar Probleme bei einzelnen Kündigungsbegründungen anerkannt hatte, es jedoch vorzog, diese zu individualisieren: Jedem Betroffenen stünde der Rechtsweg offen, wohingegen es dem Senat besser anstünde, „sich zu der Personalpolitik des SMWK²⁵ zu bekennen.“²⁶

Liefern die wie auch immer verschiedenen Selbstbilder der Akteure als Demokraten aber schon eine hinreichende Erklärung für die Karriere des Demokratiebegriffs im Umbau des ostdeutschen Hochschulsystems? Bedeutsam scheinen zwei weitere notwendige Bedingungen gewesen zu sein:

Zum einen konnte mit Hilfe des Demokratiepostulats eine deutliche Konfliktglättung innerhalb des Umbauprozesses der Hochschulen erreicht werden: Das Postulat sicherte die Annahme ab, trotz unterschiedlicher Interessen gebe es einen gemeinsamen Grundbestand an Demokratieverständnis. Zum anderen mobilisierte der permanente Demokratie-Bezug legitimatorisches Potential für die Modalitäten des ostdeutschen Hochschulumbaus: Die politisch-administrativen Träger der Definitionsmacht konnten damit an die Debatten derjenigen ankoppeln, die den Prozessen dadurch demokratische Ressourcen erschlossen, daß sie in den Hochschulen die demokratische Mitwirkung personifizierten.

Für das zwiespältige Erscheinungsbild des Hochschulumbaus sorgte im Kern das diesen Prozeß bindende Recht. Die gerichtliche Überprüfbarkeit staatlicher Maßnahmen erzwang eine Mäßigung des gouvernementalen Steuerungshandelns und führte mitunter Korrekturen unangemessener staatlicher wie auch universitätsinterner Maßnahmen herbei.

Die auf diese Weise in ihren Handlungsmöglichkeiten beschränkten Akteure argumentierten dagegen jakobinisch: „Die Abwicklungen sind ein hochpolitischer

23 Mechthild Küpper, *Die Humboldt-Universität*, a.a.O., 79.

24 Vorbereitungsgruppe der Konzilsgruppe Wissenschaftliche Mitarbeiter [der Humboldt-Universität zu Berlin]: [Anlage zum] Aufruf Vorbereitungsgruppe der Konzilsgruppe Wissenschaftliche Mitarbeiter an die Konzilsdelegierten, Berlin, den 4.1.1991, 1, unveröff.

25 (Sächsisches) Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst.

26 Senatsprotokolle Universität Leipzig vom 8.12.1992, 21, und vom 12.1.1993, 22f., unveröff.

Befreiungsschlag, der arbeitsrechtliche Zwänge beseitigt“, hieß es bei dem Leipziger Kirchenhistoriker Nowak.²⁷ Ebenso bekannte sich der sächsische Minister Meyer ausdrücklich zur personengruppengebundenen Aussetzung üblicher Standards. Einerseits betonte er, das von ihm vertretene „Prinzip des Erneuerns und Bewahrens“ habe eine „differenzierte Beurteilung des Einzelfalls“ bedeutet, schränkte dies aber andererseits dezidiert ein: „Mit Ausnahme derjenigen Einrichtungen, deren bisherige Aufgabenstellung mit der bisherigen Staats- und Gesellschaftsordnung fest verbunden war“, womit er die abgewickelten Institute meinte.²⁸

Eine Maßnahme solcher Eingriffstiefe wie die Abwicklung konnte dann auch nicht ohne Auswirkungen auf den Gesamtprozeß bleiben. In der retrospektiven Betrachtung erwiesen sich die Abwicklungen als die demokratischen Maßstäbe vererbende Diskursfolie. Sämtliche nachfolgenden Maßnahmen wurden vor diesem Hintergrund betrachtet und bewertet. Alles weitere fand sich dann als vergleichsweise ‚nicht so schlimm‘ beurteilt, was sachlich durchaus zutreffend war: Denn es griff jedenfalls geringer in individuelle Rechte ein als die Abwicklung.

So ist in der Folgezeit etwa die Konstruktion der Personalüberprüfungskommissionen universitätsintern niemals nachhaltigeren Anfragen ausgesetzt gewesen: Einerseits waren diese – semijuristische Verfahren durchführenden – Kommissionen einem Geschworenengericht vergleichbar, das zugleich die Vertretung der Anklage übernommen hatte; andererseits waren sie infolge der Letztentscheider-Funktion der jeweiligen Minister für die ‚Strafzumessung‘ nicht zuständig. Derart gab es keine strukturierte Verantwortlichkeit der in diesen Kommissionen Tätigen: Sie waren für abschließende Entscheidungen nie zuständig, zudem nicht auskunftsbefugt, kurz: nicht kontrollierbar und folglich unkontrolliert.

Mit der Bewertungsfolie Abwicklung im Hintergrund war jedenfalls die Voraussetzung geschaffen worden, normabweichenden Vorgängen den Status der Hinnehmbarkeit zuzuerkennen. Die Sedimentierung dieser Perspektive zeigt sich dann beispielhaft in der Unbefangenheit, mit der 1996 eine juristische Dissertation von einer „personellen *Reinigung* des öffentlichen Dienstes des Beitrittsgebietes“ spricht.²⁹

6. Dichotomisierungen

Dieser Sedimentierung war auch durch eine Reihe ideologischer Diskurselemente Vorschub geleistet worden. Hatte am Anfang in den Universitäten die Beschwörung einer korporativen Einheit gestanden, so wurden alsbald eher schlicht anmutende Dichotomisierungen diskurs- und handlungsmächtig: Mit einer mythologisierten korporativen Einheit, die bestehende Konflikte vornehmlich mit historischen Bezugnahmen zu überdecken suchte, waren anfangs alle Universitätsangehörigen in

27 Kurt Nowak, a.a.O., 373.

28 Hans Joachim Meyer (Iv.), „Der Wissenschaftsminister ist kein Richter“, in *hochschule ost* 6/1993, 50–58, hier 50.

29 Bernhard Opolony, *Die Kündigungsgründe des Einigungsvertrages*, Opladen 1996, 21. (Herv. p.p.)

eine Gemeinschaft gleicher Interessen hineindefiniert worden. Die daraus abgeleiteten Orientierungen konnten zweierlei bedienen: Zum einen die weitverbreitete Unfähigkeit zu konfliktuellem Handeln, die mit der gesellschaftlich vorherrschenden konsensualen Stimmung korrespondierte; zum anderen die Verweigerungshaltung gegenüber der Einsicht, daß die allseits geforderte Reform auch konkrete Opfer kosten würde.³⁰

Relativ problemlos waren in dieser Zeit z.B. Rehabilitierungsbemühungen in Gang zu setzen. Diese erwiesen sich als der am wenigsten schmerzvolle Prozeß: Sie konnten naturgemäß nicht mit Besitzstandsverlusten verbunden sein, dagegen aber vielfach mit individuellen Statusverbesserungen. Sie nahmen niemandem, aber sie gaben einigen etwas. Zudem waren Rehabilitierungen symbolpolitisch außerordentlich effizient. Das erleichterte ihre weitgehend allgemeine Akzeptanz. Alle sonstigen Umbauprozesse hatten dagegen erheblich größere Anlaufschwierigkeiten. Insgesamt betrachtet, dürfen die Rehabilitierungsvorgänge zu den eher erfolgreichen Aspekten der weitverzweigten Bemühungen im Spannungsfeld von Vergangenheitsaufarbeitung und Personalumbau gezählt werden. Doch bemerkenswerterweise kann eine solche Diagnose allein für den Teilprozeß gestellt werden, der in der Regel von keiner Seite mit Konflikten beladen wurde.

In dem Augenblick allerdings, als Rehabilitierungsbegehren mit dem Anspruch auf materielle Unterfütterung verbunden wurden, verloren auch sie ihre allseitige Zustimmungsfähigkeit. Zu berücksichtigen ist hier gleichwohl, daß die diesbezüglichen Handlungsspielräume der Universitäten auch außerordentlich eng waren. So erwies sich z.B. 1993 der Fall Robert Havemann als hochproblematisch, als dessen Witwe gegen die Humboldt-Universität klagte: Sie forderte die Zahlung von DM 315.100,-, die ihr Gatte nicht habe verdienen können, nachdem er nicht mehr an der HUB lehren durfte. Die Anwälte der HUB mußten juristisch immanent argumentieren, um die Universität vor dem Präzedenzfall schützen, der zweifellos zahlreiche weitere Schadenersatzforderungen nach sich gezogen hätte. In die Öffentlichkeit hingegen waren die anwaltlichen Argumentationen kaum zu vermitteln. Präsidentin Dürkop blieb nur zu bedauern, daß es bisher nicht gelungen sei, ein Bundesgesetz zu verabschieden, das die rechtlichen und finanziellen Grundlagen der Rehabilitation sicherstelle. Dies zwinge sie dazu, einen Prozeß gegen die Witwe von Robert Havemann mit für beide Seiten entwürdigenden Argumenten zu führen.³¹

Inhaltlich indessen wären die Spielräume der Universitäten durchaus größer gewesen, als sie im Zuge der Rehabilitierungsbemühungen tatsächlich genutzt wurden. Zwar gab es mit den Rehabilitierungen auch Ansätze kritischer Aufarbeitung der jeweiligen DDR-Universitätsgeschichte; doch entsprang daraus nicht unbedingt eine dauerhafte Berücksichtigung der problematischen Aspekte dieser Geschichte dergestalt, daß sie als Negativfolie für aktuelles Handeln Verwendung gefunden

30 Matthias Middell, „Überstanden? Einige Nachbetrachtungen zur ‚IV. Hochschulreform‘ der DDR aus der Perspektive des Jahres 1993“, in Peer Pasternack (Hg.), *IV. Hochschulreform. Wissenschaft und Hochschulen in Ostdeutschland 1989/90. Eine Retrospektive*, Leipzig 1993, 161–180, hier 176.

31 Beschlußprotokoll der Sitzung des Akademischen Senats der Humboldt-Universität am 15.03.1994.

hätte. An der Humboldt-Universität etwa brachte der Fall Fink eine problematische, nämlich positionsabhängige Ungleichbehandlung von inkriminierten Personen mit sich, worauf der Ehrenkommissionsvorsitzende Bert Flemming hinwies: Bei der Fink-Kündigung habe es sich zwar um eine nicht rechtsstaatliche Entscheidung gehandelt, da in einem solchen Fall lt. Einigungsvertrag die Unzumutbarkeit der Weiterbeschäftigung im Einzelfall zu prüfen ist, was nicht geschehen sei; allerdings, wie Flemming pikanterweise anfügte, sei „dies auch nicht in den Fällen Althaus, Friis etc. geschehen. Hierzu habe sich der A[kademische]S[enat] aber anders verhalten.“³²

In Leipzig zeugte beispielsweise das Vorhaben der Leipziger Juristenfakultät, den amtierenden sächsischen Justizminister ehrenhalber zu promovieren, nicht von gesteigerter historischer Sensibilität.³³ Einen vergleichbaren Mangel offenbarte, daß die Leipziger Universitätsleitung 1993 dazu übergang, eine alte Übung ihrer Vorgänger aus den vergangenen Jahrzehnten wieder aufzunehmen und mißliebige Universitätsangehörige durch Hausverbote fernzuhalten. Daraufhin angesprochen, verwehrte sich ein Prorektor „gegen einen Vergleich der getroffenen Entscheidung (...) mit Hausverboten aus politischen Gründen in der Zeit nach 1933 und 1945.“³⁴

Hierin wurde ein Muster sichtbar: die – kognitiv verwurzelte – argumentative Dichotomie des Davor und Danach. In dieser Wahrnehmung gab es die „fast sechzigjährige Beherrschung der Universität Leipzig durch zwei totalitäre Regime verschiedener Provenienz“³⁵, und es gibt ein Danach, bestimmt vom „Geist der Demokratie.“³⁶ Diese Dichotomisierung der Betrachtung transzendierte das Danach und entzog es damit einer konkret vergleichenden Beurteilung, die über ein Raster von „damals ganz schlimm – heute in jedem Fall besser“ hinausgeht.

Solchen Perspektiven waren ebenso Politiker verhaftet, etwa wenn der sächsische Wissenschaftsminister forderte: „Maßgebend für die [Weiterbeschäftigungs-] Entscheidung ist (...) die Erwartung, daß die Betreffenden vorbehaltlos [*sic!*] für die freiheitliche demokratische Grundordnung eintreten.“³⁷ Eine derartige Formulierung mußte erstaunen, da Demokratisierung damals weithin mit der Auffassung verbunden war, die Zeit der administrativen Abschaffung von Vorbehalten sei vorbei.

Weitere Dichotomisierungen in den Debatten machten sich an der Konstruktion einander gegenüber stehender Kollektivakteure fest. Zuerst war die Trennlinie zwischen früheren SED-Mitgliedern und Nicht-SED-Mitgliedern dominierend. Dann wurden Naturwissenschaftler und Gesellschaftswissenschaftler als geborene Träger guter bzw. schlechter Eigenschaften definiert. Der erste größere Struktureingriff im Dezember 1990 trennte fortan Abgewickelte und Nichtabgewickelte. Mit den Über-

32 Beschlußprotokoll über die Sondersitzung des Akademischen Senats am 26. November 1991, Bl. 2.

33 Vgl. Senatsprotokoll Universität Leipzig vom 11.1.1994, 14–18, unveröff.

34 Senatsprotokoll Universität Leipzig vom 5.10.1993, 12, unveröff.

35 Eine Formulierung, die wenigstens noch die Verschiedenheit der Folgen außer acht läßt.

36 Cornelius Weiss, „Antrittsrede des neuen Rektors“, in *Leipziger Universitätsreden* N.F. Heft 72, Leipzig 1991, 21–28, hier 21.

37 Sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft, Der Minister: [Schreiben] An den Rektor der Universität Leipzig. Betr.: Auflösung von Teileinrichtungen Ihrer Hochschule. 12. Dez. 1990, 2, unveröff.

prüfungen durch die Personalkommissionen fand auch an den Hochschulen die Opfer/Täter-Dichotomie Eingang. Hier korrespondierte eine Selbstheroisierung derjenigen, die sich in der DDR politisch herauszuhalten versucht hatten, mit einer Dämonisierung derjenigen, die als per se verantwortlich betrachtet wurden.

Allerdings ließen sich für den individuellen Erfolg resp. Mißerfolg in den neuen Strukturen dann auch Fertigkeiten feststellen, die solche Dichotomisierungen konkretisierten. Diejenigen Ostdeutschen, die am Ende sowohl den Personalabbau wie auch den Wettbewerb um die neu ausgeschriebenen Stellen erfolgreich überstanden hatten, zeichneten sich meist durch ein gemeinsames Merkmal aus: Flexibilität.³⁸ Doch trat diese an den ostdeutschen Hochschulen (aber nicht nur dort) in zweierlei Formen auf: als kreative Beweglichkeit und als anpasserische Wendigkeit. Erstere eignete Angehörigen ganz unterschiedlicher Gruppen, nämlich sowohl DDR-Karrieristen – hier gespeist aus trainiertem Durchsetzungsvermögen – wie DDR-Nonkonformisten – dort begründet in Konfliktfähigkeit, die auf individueller Autonomie beruht. Anpasserische Wendigkeit hingegen kennzeichnete den klassischen Mitläufertyp. Er ist zu flexibler Verhaltensanpassung solange fähig, als die neuen Rahmenbedingungen strukturelle Ähnlichkeiten zu den vorangegangenen aufweisen. Der entscheidende Unterschied zwischen beiden Flexibilitätsformen ist: Die Kreativ-Beweglichen suchen sich gegebenenfalls ihre Möglichkeiten selbst; die Anpasserisch-Wendigen jedoch müssen die Möglichkeiten geboten bekommen, andernfalls versagen die ihnen zur Verfügung stehenden subjektiven Handlungspotentiale vor den Anforderungen der geänderten Bedingungen.

7. Die Formationsregeln der Erneuerungsdebatte

In Auswertung des bislang Dargelegten lassen sich nun die Formationsregeln der Erneuerungsdebatte formulieren.

(I) Die Bezugnahme auf die *Demokratie* war ritualisiert. Wer sich diesem Ritual entzog, hatte die Exkommunikation aus der Debatte zu gewärtigen. Das Wort *Demokratie* erfüllte die Funktion einer rhetorischen Klammer in der Diskussion. Solcherart wurde die Anschlußfähigkeit an die fundamentale Legitimation des ostdeutschen Hochschulumbaus zu wahren gesucht; diese Legitimation bestand in der verfassungsrechtlichen Bindung, welcher der Rahmenvorgang des Hochschulumbaus – die deutsch-deutsche Neuvereinigung – ausgeliefert war. *Demokratie* also war der durchgehende Ordnungsfaktor der Erneuerungsdebatte: Er ermöglichte das Miteinander-Sprechen und -Handeln der im übrigen höchst gegensätzlichen Akteure.

(II₁) blieb die ‚Demokratie‘ bis zum Schluß als rhetorische Konstante gültig, so hatte die *Basisdemokratie* nur in der ersten, der romantischen Phase des Umbaus organisierende Wirkungen im kommunikativen Feld entfalten können.

(II₂) In der zweiten Phase – der Phase der strukturierten Umgestaltung – wurden die Debatten dann wesentlich mittels einer Komplexitätsreduktion durch *Dichoto-*

38 Ohne daß nun gleich der Umkehrschluß gälte, alle anderen hätten sich durch Inflexibilität ausgezeichnet.

misierung formiert. Sie waren fortan binär codiert: „systemnah/systemfern“, „belastet/unbelastet“, „unzumutbar/zumutbar“. Die Agenten dieser Komplexitätsreduktion argumentierten jakobinisch.

(III) Sicherte der auch in der zweiten Phase fortwirkende Ordnungsfaktor ‚Demokratie‘ zwar noch die Kommunikationsfähigkeit, so etablierte sich zugleich und in betonter Abgrenzung zur Dichotomisierung ein oppositioneller Strang der Debatte. In diesem wurde streng *rechtspositivistisch* argumentiert gegen den *jakobinisch* auftretenden dominierenden Strang. Beiden Strängen lagen jeweils spezifische Interessen zugrunde:

(IV₁) Bei den *jakobinisch Argumentierenden* gab es zunächst das Interesse der Benachteiligten des DDR-Systems, einen Strafanspruch gegen die seinerzeitigen Systemträger durchzusetzen. Voraussetzung dafür war eine Delegitimierung des *ancien régime*. In diesem Anliegen trafen sich die Benachteiligten mit den aktuell amtierenden politischen Funktionsträgern. Deren Delegitimierungsbemühungen zielten auf politische Machtsteigerung durch systemkompatible Hochschulen, die kein „Bollwerk gegen die demokratische Erneuerung im Osten Deutschlands“³⁹ werden sollten.

(IV₂) Dagegen repräsentierte der *rechtspositivistische Diskussionsstrang* zwei nur bedingt zu vermittelnde Interessen, deren Träger deutlich voneinander absetzbar sind: Zum einen gab es da die alte akademische Positionselite; sie sah in einer rechtspositivistischen Argumentation das einzig verbliebene Rückzugsfeld, von dem aus noch sinnvoll auf den Angriff aus dem politischen Raum reagiert werden könne. Zum anderen traten auch solche Akteure, die von diesem Angriff individuell nicht betroffen waren, betont rechtspositivistisch auf; diese fühlten sich aber mit anderer Begründung herausgefordert als die alte DDR-Elite: Sie sahen in der Auflösung überkommener rechtlicher Standards Gewaltenteilungsbalancen außer Kraft gesetzt und infolgedessen institutionelle Voraussetzungen des bestehenden politischen Systems gefährdet.

8. Ambivalenzen der Erneuerung

Entsprechungen zu dieser Debattenarchitektur fanden sich im praktischen Prozeßvollzug. Einerseits gab es die Bindung an das Recht und formalisierte Verfahren. Andererseits wurde diese mitunter überformt durch die höhergewichtete Bindung an politische Zielsetzungen. Hier zeigte sich bei den radikalen Erneuerern ein strategisches Dilemma zwischen ihren leitenden Absichten und dem zur Verfügung stehenden Instrumentarium. Die Neustrukturierung der ostdeutschen Hochschulen war daher durch Inkonsistenz gekennzeichnet. Das sich bietende Bild enthält Elemente der Demokratisierung wie der ausdrücklichen Demokratiesuspendierung.

Die eine Seite berief sich dabei auf das „außerordentlich kritische Urteil weiter Teile der ostdeutschen Öffentlichkeit in Bezug auf die Situation an den Hochschulen“⁴⁰, die andere auf das Grundgesetz. Die Politik meinte die Hochschulautonomie

39 Hans Joachim Meyer, *Erneuerung und Bewahrung*, a.a.O., 512.

40 Ebd.

zeitweise aussetzen zu müssen, da die Hochschulen noch nicht autonomiefähig seien, worauf Universitätsangehörige Parallelen zur DDR entdeckten. Manche hielten Basisdemokratie für situationsadäquat, wohingegen die neuen Funktionsträger auf stattgefundene Wahlen verwiesen. Diejenigen, die ohne amtsbewehrten Einfluß waren, betonten das Demokratische an der *demokratischen Erneuerung*, während die Amtsinhaber darin die Erneuerung akzentuierten. Die einen wollten einen schnellen und gründlichen Elitenwechsel an den Hochschulen, die anderen legales Handeln der Exekutive. Genügten vielen Beteiligten Wahlen und die Möglichkeit des Klageweges, um den Vorgängen demokratischen Charakter attestieren zu können, so forderten andere aktive Partizipation an den Entscheidungsprozessen. Stand das Berliner Abgeordnetenhaus nicht an, „Demokratie zum Teil aussetzen“ zu wollen, entgegnete die Humboldt-Universität, „daß es zum Wesen von Grundrechten gehöre, daß diese nicht auszusetzen sind.“⁴¹

Damit nun wird der entscheidende Dissens über den demokratischen Charakter der *demokratischen Erneuerung* deutlich. Er bestand in einer widerstreitenden Verknüpfung von Zieldefinition und Prozeßinstrumentierung für den grundsätzlich nicht im Streite stehenden Hochschulumbau: Für die einen bedeutete das Leitbild *demokratische Erneuerung* primär die Beschreibung eines zu erreichenden Zustandes; die Hochschulen sollten erneuert werden, um hinfort demokratische sein zu können; dabei müsse ggf. eine zeitweilige Suspendierung demokratischer Regeln um des übergeordneten Zweckes willen in Kauf genommen werden. Für die anderen beschrieb *demokratische Erneuerung* nicht allein die Zielprojektion, sondern auch bereits den dorthin zurückzulegenden Weg; die Hochschulen könnten nur dann demokratische werden, wenn der Erneuerungsvorgang selbst schon den Maßstäben genüge, die diesbezüglich billigerweise anzulegen seien.

Dieser Dissens war zwar nicht allein einer zwischen Hochschulen und politischen Entscheidungsträgern, sondern ging durch die Hochschulen selbst hindurch. Er bildete sich gleichwohl besonders deutlich an der Grenze zwischen Hochschulen und Politik ab. Das wurde in herausgehoben illustrativer Weise am Beispiel der Humboldt-Universität deutlich: Stand sie von Beginn an im Lichte besonderer öffentlicher Aufmerksamkeit, so sah sie sich selbst als Hauptstadt- und größte ostdeutsche Hochschule augenscheinlich auch in einer symbolischen Rolle. Die spezifische Berliner West-Ost-Situation brachte konfliktorische Zuspitzungen mit sich. Stärker als andere ostdeutsche Hochschulen war die Humboldt-Universität mit der Differenz von demokratischen Ansprüchen eines elementaren gesellschaftlichen Aufbruchs einerseits (Ostdeutschland) und administrativen Routinen eines politisch nicht infragegestellten Entscheidungsstruktursystems andererseits (West-Berlin) konfrontiert. Wo die Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung nach effizientem und damit schnellem Zugriff auf die um ein Selbstverständnis ringende Universität strebte, da antwortete ebendiese mit dem Anspruch: „Erneuerung (...) nicht nur, aber auch mit den vorhandenen Menschen!“⁴²

41 Mechthild Küpper, a.a.O., 79.

42 Heinrich Fink, „Thesen zur Entwicklung der Humboldt-Universität“, in *Bündnis 2000* 23/1991, 7.

Der hochschulinterne Konflikt über (a) die demokratische Entwicklung zu einer demokratischen Hochschule oder (b) die Demokratisierung unter temporärem Verzicht auf demokratische Verfahren fand also seine Entsprechung in dem externen Konflikt zwischen Humboldt-Leitung und Senatsverwaltung. Damit lief er letztlich auf eine auch aus anderen Bereichen vertraute Frage hinaus: Sind in einer beliebigen Interessenkollision die Ansprüche der Grundrechtsträger, d.h. der Bürger und Bürgerinnen, oder die des Hoheitsträgers, d.h. des Staates, den jeweils anderen vorzuzordnen?

Hiermit ist der zentrale politische Konflikt der ostdeutschen Hochschultransformation identifiziert: Hielten es die einen für eine unerläßliche Bedingung der Herstellung demokratischer Hochschulverhältnisse, das demokratische Ziel mit demokratischen Verfahren zu erreichen, so sahen die anderen mit genau diesen demokratischen Verfahren das demokratische Ziel gefährdet. Ungleiche Verteilungen der Sanktionspotentiale zwischen staatlichen Administrationen und Hochschulen bewirkten, daß die Träger der Position, demokratische Ziele bräuchten auch demokratische Verfahren, nicht dominierender zu werden vermochten. Die an der Humboldt-Universität seinerzeit stärker als andernorts ausgeprägte Partizipationsneigung und Konfliktbereitschaft wiederum bewirkte, daß die Auffassung, demokratische Ziele seien vorzugsweise mit demokratischen Verfahren zu erreichen, trotz ihrer relativen Schwäche permanent präsent war und in geringerem Maße ignoriert werden konnte als an der Universität Leipzig.